

Der deutsche Exportüberschuss nimmt wieder zu

Ausschlaggebend sind sinkende Importpreise

sibi. FRANKFURT. Der Leistungsbilanz- und der Außenhandelsüberschuss haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Das berichtet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für März. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg demnach um 78,5 Milliarden auf 243 Milliarden Euro. Der Zuwachs glied den Rückgang aus dem Vorjahr nur teilweise aus. Der Außenhandelsüberschuss legte um 121 Milliarden auf 209,5 Milliarden Euro zu. Weil die Preise für importierte Rohstoffe wie Erdgas gesunken sind, verbesserten sich die „Terms of Trade“, also das Verhältnis zwischen Export- und Importgutpreisen. Das sei maßgeblich für den höheren Exportüberschuss gewesen, schreibt die Bundesbank. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz habe sich dagegen spürbar ausgeweitet. Hier dürfte die grenzüberschreitende Reiseaktivität im Nachgang der Corona-Zeit eine Rolle gespielt haben, heißt es.

Mit Blick auf das Warenortiment ging der Export preisbereinigt in der Breite zurück. Dabei nahmen die Lieferungen von Pharmaprodukten besonders stark ab. Zudem gab es beträchtliche Abstriche bei Metall- und Chemieerzeugnissen. Deren energieintensive Herstellung habe unter weiterhin hohen Energiekosten gelitten, schreibt die Bundesbank. Es habe auch an Nachfrageimpulsen für klassische Ausrüstungsgüter wie Maschinen gemangelt. Auch Investitionsgüter wie Computer und Kommunikationstechnik wurden weniger geliefert.

Die deutsche Exportwirtschaft verzeichnete laut Bundesbank „spürbare Erlöseinbußen“. Sehr stark ging die

Ausfuhr nach China zurück, auch von Autos. Der Export nach Russland sank abermals, nicht zuletzt als Folge der Sanktionen. Hingegen gab es etwas mehr Verkäufe in die Vereinigten Staaten. Stark stiegen die Lieferungen nach Großbritannien, unter anderem auch von Autos. Die Ausfuhr in die Ukraine expandierte kräftig. Ausschlaggebend dafür waren die im Zusammenhang mit dem Krieg gelieferten Waren.

Spiegelbildlich zum höheren Leistungsbilanzsaldo stieg auch der deutsche Nettokapitalexport wieder an. Dabei gab es laut Bundesbank eine rege grenzüberschreitende Nachfrage nach verzinslichen Wertpapieren. Sowohl deutsche Direktinvestitionen im Ausland als auch ausländische Direktinvestitionen im Inland seien geringer gewesen als im Vorjahr. Im übrigen Kapitalverkehr sanken die deutschen Targetforderungen gegen die EZB als Folge der strafferen Geldpolitik deutlich; der deutsche Targetsaldo lag im Februar bei 1,075 Billionen Euro.

Zur weiteren Entwicklung der Konjunktur schreibt die Bundesbank, die Schwächephase der deutschen Wirtschaft werde noch eine Weile andauern. Derzeit gebe es „auch für das zweite Quartal noch wenig Hinweise auf eine konjunkturelle Belebung“, heißt es im Monatsbericht.

Für das erste Vierteljahr 2024 erwartet die Bundesbank einen leichten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts. Schon im Schlussquartal 2023 war die deutsche Wirtschaftsleistung zum Vorquartal geschrumpft, preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent.

Zentralbanken unter Druck

IWF-Chefin warnt Politiker vor Einmischung

wp. WASHINGTON. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht global Entwicklungen im Gange, die die Unabhängigkeit von Zentralbanken unterminieren und damit die Preisstabilität aufs Spiel setzen. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa warnte in einem Blogbeitrag vor dem wachsenden Risiko, dass Politiker sich in die geldpolitische Entscheidungsfindung einmischen. Sie sieht die Gefahr als besonders virulent an, weil in diesem Jahr rund die Hälfte der Weltbevölkerung an die Wahlen gerufen wird oder schon gewählt hat.

Der IWF nennt keine konkreten Beispiele. Doch in Thailand, Ungarn, Brasilien und der Türkei waren die Zentralbanker erheblich unter Druck von Regierungschefs geraten, die Geldpolitik zu lockern. In den USA hat die linke Senatorin Elizabeth Warren den Chef der Federal Reserve (Fed), Jerome Powell, wiederholt aufgefordert, die Leitzinsen zu senken. Seine straffe Geldpolitik habe Projekte für erneuerbare Energie im ganzen Land zum Erliegen gebracht, wettete die Politikerin. Der ehemalige Präsident Donald Trump kritisierte die Fed ständig.

IWF-Chefin Georgiewa warnte, dass vorschnelle Forderungen nach Leitzinssenkungen in diesem großen Wahljahr aller Voraussicht nach zumeist unangebracht wären. Das sei so relevant, weil gerade ihre Unabhängigkeit den Zentralbanken erlaubt habe, die Volkswirtschaften durch aggressive Lockerung der Geldpolitik durch die Pandemie zu steuern und eine globale Finanzkrise

abzuwenden. Zur Wahrung stabiler Preise strafften sie danach die Geldpolitik in angemessener Weise und sorgten damit dafür, dass Inflationserwartungen nicht aus dem Ruder liefen.

Georgiewa stellte die Zentralbanker aus Schwellenländern als Vorreiter im Kampf gegen die Teuerung heraus. Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit seien der Grund dafür, dass die Zentralbanker die jüngste Krise besser gemeistert hätten als ihre Vorgänger in den 70er-Jahren, als vielen Zentralbanken sowohl die klare Zielfokussierung auf Preisstabilität als auch die Unabhängigkeit fehlten.

Studien des IWF, die das Wirken von Zentralbanken über lange Zeiträume beleuchteten, bestätigten laut Georgiewa den aktuellen Forschungsstand: Unabhängige Zentralbanken sind erfolgreicher im Kampf gegen Inflation. Preisstabilität wiederum sei die Voraussetzung für langfristiges Wirtschaftswachstum. Die Dominanz der Preisstabilität würde auch in Ländern wie den USA akzeptiert, die ihre Zentralbank mit einem dualen Ziel ausgestattet haben: Wahrung der Preisstabilität und maximale Beschäftigung.

Regierungen und Parlamente könnten die Unabhängigkeit der Zentralbanken nicht nur durch feste Regeln schützen, sondern auch durch eine verantwortungsbewusste Fiskalpolitik mit einem bewältigbaren Schuldenniveau, schrieb Georgiewa. Sonst gerieten die Zentralbanken unter Druck, günstige Staatsfinanzierung bereitzustellen, wodurch Inflation beflügelt würde.

„Europawahl ist Schicksalswahl“

Bayerns Wirtschaft will AfD-Erfolg verhindern

maf. MÜNCHEN. Für die bayerische Wirtschaft wäre ein Erfolg der radikalen Kräfte vom rechten Rand in den Europawahlen ein Schreckensszenario. Deshalb hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) am Donnerstag eine Kampagne für Europa gestartet. Für VBW-Präsident Wolfram Hatz steht bei den Wahlen am 9. Juni viel auf dem Spiel: „Es geht um Demokratie, um Stabilität und natürlich auch darum, wie wir in Europa unseren Wohlstand wahren können.“ Hatz spricht von einer Schicksalswahl, in der seiner Ansicht nach verhindert werden muss, dass rechtspopulistische Parteien wie die AfD die Oberhand gewinnen. Diese Kräfte wollten Europa von innen aushöhlen und zerstören.

Für die bayerische Wirtschaft lautet die Lösung: „Europa wählen.“ Dazu gehören für den Wirtschaftsverband alle Parteien der politischen Mitte, nicht aber die AfD und auch nicht die Linke. Zu ihrer virtuellen Wahlkampfarena am 6. Juni hat die Vereinigung die Spitzenkandidaten von CSU, Freien Wählern, Grünen, SPD und FDP geladen. Hatz machte klar, dass es in seinem Verband und in dessen Haus der bayerischen Wirtschaft keine AfD geben wird. Dass die in Teilen rechtsextreme Partei in Umfragen bislang so gut abgeschnitten hat, ist seiner Ansicht nach auf die „miserable Politik der Ampelregierung“ zurückzuführen. Er warnte aber jene Wähler, die mit der AfD des-

halb sympathisieren, weil sie mit der Bundesregierung unzufrieden sind. Ein Wahlerfolg der AfD würde viele Arbeitsplätze kosten.

Auch wenn die Europäische Union nicht perfekt sei, sei sie das Beste, was dem Kontinent in seiner von fürchterlichen Kriegen geprägten Geschichte widerfahren sei, erklärte Hatz. Kritiklos steht die bayerische Wirtschaft Brüssel nicht gegenüber. „Wir brauchen und wir wollen keinen europäischen Superstaat, der alle Lebensbereiche kleinteilig reguliert“, sagte Hatz. Stattdessen solle die EU sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Für die VBW gehört dazu, echten Mehrwert für die Unternehmen zu schaffen.

Der Verband spricht sich für eine Europäische Verteidigungsunion aus, in der die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten vertieft wird. Brüssel hat nach Ansicht der VBW über den Binnenmarkt und die Währungsunion Wohlstand geschaffen, den es nun mit besseren Standortbedingungen zu verteidigen gelte. Hatz verwies auf den Inflation Reduction Act, mit dem die Vereinigten Staaten vormachen, wie die Transformation der Industrie unkompliziert gefördert werden könne. In Europa sind ihm die Förderbedingungen viel zu komplex, unsicher und bürokratisch. „Es geht hier also nicht um mehr Geld, sondern um mehr Pragmatismus“, sagte der VBW-Präsident.



Über die Zukunft der EU: Im Rathaus in Saarbrücken zelebrieren die Zentralbankchefs und der saarländische Finanzminister die deutsch-französische Freundschaft.

Foto Oliver Thom

W er derzeit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und den französischen Präsidenten Emmanuel Macron gemeinsam beobachtet, kann ab und an Stirnfalten in den Gesichtern der beiden erkennen. Trotz öffentlicher Bekenntnisse zur deutsch-französischen Freundschaft gilt das Verhältnis als belastet, was zuletzt die Debatte um die Unterstützung der Ukraine verdeutlichte.

Wie hingegen deutsch-französische Harmonie aussehen kann, zeigten die Zentralbankchefs der beiden Länder am Mittwoch im Festsaal des Rathauses St. Johann in Saarbrücken: Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, und sein französischer Amtskollege François Villeroy de Galhau, Gouverneur der Bank von Frankreich, stellten unter einer deutsch-französischen Flagge unter Beweis, dass kein Blatt zwischen sie passt.

Zusammen mit Jakob von Weizsäcker, Finanzminister des Saarlandes (SPD), diskutierten sie auf einer Veranstaltung der ASKO Europa-Stiftung und von Europe Direct Saarbrücken über die Zukunft der europäischen Finanzlandschaft. F.A.Z.-Herausgeber Gerald Braunberger führte durch die Diskussion.

Dass rechtspopulistische Parteien derzeit Aufwind haben, sorgt angesichts der bevorstehenden Wahl des Europäischen Parlaments bei vielen für große Sorgen. Deshalb ließen die Teilnehmer gleich zu Beginn keinen Zweifel daran aufkommen, dass es mehr statt weniger Europa brauche. „Wir müssen resilienter werden“, forderte Nagel. Für von Weizsäcker waren dafür zwei Dinge relevant: Eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der

„Wir verlieren Wohlstand“

Wie kann die Europäische Union mehr Kapital für die digitale und grüne Transformation mobilisieren? Die Zentralbankchefs von Deutschland und Frankreich, Joachim Nagel und François Villeroy de Galhau, sind sich einig.

Von Felix Schwarz, Saarbrücken

Europäischen Union könne für mehr Effizienz sorgen. Zudem sei vor allem für eine bessere Infrastruktur auch mehr Geld vonnöten.

Eigentlich, erklärte de Galhau, sollten sich Zentralbankchefs in Zurückhaltung üben, wenn es um konkrete politische Ratschläge geht. Mit einem Schmunzeln im Gesicht erlaubte er sich an diesem Abend indes eine Ausnahme von dieser Regel. „Nicht nur Frankreich muss seine Schulden abbauen“, sagte de Galhau, der sich als Saarländbotschafter für den europäischen Gedanken einsetzt und dafür am Mittwoch den saarländischen Verdiensten erhalten hatte. Finanzpolitische Stabilität sei die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft Europas, sagte de

Galhau. Die Augen von Nagel signalisierten Zustimmung.

Auch wenn es darum ging, die Probleme der Europäischen Union beim Namen zu nennen, herrschte Einigkeit. Nagel beklagte die Wachstumsschwäche vieler Mitgliedsländer der EU, allen voran Deutschlands. Insbesondere die geringe Produktivitätssteigerung war dem Bundesbankpräsidenten ein Dorn im Auge: „Wir verlieren an Tempo und Wohlstand.“ Das sei auf Dauer nicht tragbar. Alle drei betonten, dass in der Vertiefung der Kapitalmarktunion die Chance liege, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Das Ziel der Kapitalmarktunion ist in den Römischen Verträgen von 1957 an-

gelegt. Der Binnenmarkt sicherte den freien Kapitalverkehr. Einen ersten Aktionsplan für eine Kapitalmarktunion gab es aber erst 2015. Das Projekt soll die als unterentwickelt und zerstückelt geltenden europäischen Kapitalmärkte zusammenbringen.

„Es schreckt ausländische Investoren ab, wenn ein Wirtschaftsraum wie die EU 27 verschiedene Insolvenzregelungen hat“, sagte Nagel. Das sei ein enormes Problem, weil allein öffentliches Kapital nicht ausreicht, um die grüne und digitale Transformation zu bewerkstelligen. Eine vertiefte Kapitalmarktunion könne den Zugang zu Kapital erleichtern und mehr Transparenz schaffen, erklärte Nagel. Das komme nicht nur großen Investoren, sondern auch Privatanlegern zugute. Demonstrativ nickte de Galhau zustimmend.

Mitte März legten die Finanzminister der EU einen 13-Punkte-Plan für weitere Vertiefungsschritte vor. Danach sollen etwa Kredite, die von den Banken zu Wertpapieren gebündelt und an Investoren verkauft werden (Verbriefungen), über einen europäischen Verbriefungsmarkt laufen. Ein wirklich integrierter, europäischer Kapitalmarkt, der nationale Gesetze für die Börsen, die Unternehmens- und Dividendenbesteuerung oder die Unternehmensinsolvenzen überwindet, ist indes noch in weiter Ferne.

„Wir haben die Ressourcen und die Ideen, allein am politischen Willen mangelt es“, sagte de Galhau. Nun nickte Nagel demonstrativ und zustimmend, was F.A.Z.-Herausgeber Braunberger betonte: Verstünden sich Macron und Scholz so gut wie die beiden Zentralbankchefs, „wären wir in der EU schon deutlich weiter“.

Teure Zigaretten zum Abgewöhnen

Die britische Regierung will das Volk vom Rauchen abbringen – Kritiker sprechen vom Gouvernanten-Staat

ppl. LONDON. Eine Schachtel Marlboro für mehr als 20 Euro? In Großbritannien ist das kein Ausreißer, sondern der normale Preis. „Zigaretten sind hier wirklich sehr teuer“, sagt ein Kioskbesitzer, der vor seinem Geschäft im Süden von London steht. Die Schachtel Marlboro kostet in seinem Laden 18 Pfund (umgerechnet 21 Euro). Andere Marken, etwa Benson & Hedges, sind für 13,75 Pfund (16 Euro) zu haben. Billigmarken kosten 12 Pfund. Der Kioskbesitzer selbst raucht eine Selbstgedrehte, die ist günstiger. Er ist mit einer Deutschen verheiratet, erzählt er. „Wenn wir im Urlaub in Deutschland sind, dann sehe ich, wie viel weniger Zigaretten dort kosten.“ In Deutschland kostet eine Zigarettenpackung im Schnitt 8,20 Euro.

Der Marlboro-Man braucht in England also ein deutlich dickeres Portemonnaie. Etwas mehr als 6 Millionen Briten rauchen. Doch es werden weniger, wohl auch wegen der hohen Preise. Der Anteil der Raucher ist inzwischen auf weniger als 13 Prozent gesunken, stellte das Statistikeramt ONS nach der jüngsten Befragung fest. Im Schnitt der EU sind nach Angaben von Eurostat knapp 20 Prozent der Bevölkerung regelmäßige Raucher, in Deutschland 14 Prozent. In fast allen Ländern gehen die Zahlen aber deutlich zurück. Vor einem Jahrzehnt rauchten in Großbritannien noch etwa 20 Prozent.

Die Regierung hat seit Jahren die Steuern auf Zigaretten und Tabakprodukte systematisch erhöht. Nun liegen sie mit an der Spitze im europäischen Vergleich. Etwa 80 Prozent des Ladenpreises von Zigaretten machen die Steuern im Vereinigten Königreich aus. Das Schatzamt nahm im vergangenen Jahr etwas mehr als 10 Milliarden Pfund mit Tabaksteuern ein, 3 Prozent weniger als im Vorjahr. In Deutschland, wo mehr geraucht wird, lag das Steueraufkommen bei 14 Milliarden Euro. Geschätzt mehr als eine Milliarde Pfund Steuern soll dem britischen Fiskus durch Zigaretten schmuggel entgehen.

Regierungschef Rishi Sunak von den Tories ist ein erklärter und strikter Tabakgegner und will das Volk vom Rauchen abbringen. Er hat dazu einen drastischen Schritt angekündigt. Sunak will, dass der Verkauf von Zigaretten an alle nach dem Jahr 2008 Geborenen für immer verboten wird, auch wenn sie volljährig werden. „Die größte Intervention für die öffentliche Gesundheit seit Generationen“ nennt Sunak seinen Plan.

Seine Vorgängerin Liz Truss kritisierte hingegen, es entspreche einem „Gouvernanten-Staat“, wenn man Erwachsenen das Rauchen verbieten wollte. Sunaks Rauchverbot ist global ziemlich einmalig. In Neuseeland hat die neue konservative Regierung einen entsprechenden Verbotplan der linken Vorgängerin wieder gekippt.

Die Suchtexpertin Caitlin Notley von der Universität von East Anglia sieht

auch eine Ungleichheitsfrage beim Tabakrauchen. „Es sind die ärmsten und unterprivilegiertesten Menschen, die weiterhin die höchsten Raucheranteile haben“, sagt sie. Das müsse der Staat berücksichtigen.

Mit öffentlichen Werbekampagnen versucht die britische Regierung, Raucher zum Umstieg auf E-Zigaretten und Dampfprodukte zu bewegen. „Swap to stop“ – „Wechsel, um aufzuhören“ – lautete das Motto im vergangenen Jahr. Eine Million Raucher sollten so vom Glimmstängel entwöhnt werden. Fast 5 Millionen Erwachsene nutzen schon regelmäßig E-Zigaretten und Nikotinverdampfer, sogenannte Vapes. Die Regierung ist aber besorgt über den zunehmenden Konsum unter Jugendlichen. Vor Kurzem kündigte sie ein Verbot von Einweg-Vapes an.

Im neuen Haushaltsplan hat Finanzminister Jeremy Hunt erstmals eine Steuer

auf E-Zigaretten und Vape-Produkte angekündigt. Die neue Abgabe soll im Herbst 2026 kommen und 445 Millionen Pfund bringen. Zusammen mit einer nochmals erhöhten Steuer auf herkömmliche Zigaretten erwartet Hunt 600 Millionen Pfund zusätzliche Einnahmen.

Die neue Steuer dürfte Nikotinverdampfer deutlich verteuern. John Dunne, Direktor des Branchenverbands UK Vaping Industry Association, sagt, die Steuer würde „Vapes weniger zugänglich machen für die am meisten benachteiligten der Gesellschaft, die die höchste Raucherquote haben und die ein wirksames Werkzeug zum Aufhören am meisten benötigen“.

Am Tag der ersten Berichte über die neue Steuer sank der Aktienkurs von Imperial Brands um 6 Prozent. Der Börsenwert des führenden Tabakkonzerns in Großbritannien (Marken: JPS, Davidoff, West, Winston und weitere) ist in den vergangenen fünf Jahren um 33 Prozent gesunken. Der global deutlich größere Konkurrent British American Tobacco (Dunhill, Lucky Strike, Pall Mall) hatte im selben Zeitraum trotz eines Zwischenhochs 2022 mehr als 20 Prozent Kursverlust. Der Börsenwert liegt jetzt noch bei 53 Milliarden Pfund. BAT-Vorstandschef Tadeu Marroco sagte nach Hunts Budgetrede, die Vape-Steuer sei „eine gute Idee“. Der Tabakkonzern habe gelernt, „Regulierung zu lieben“, behauptete er.

Das Verbot von Einweg-Vapes trifft besonders die führenden Marken Elf Bar und Lost Mary, die dem chinesischen Unternehmen Heaven Gifts gehören. Die bunten Vape-Geräte sind zunehmend beliebt geworden. Laut Marktforschungsinstitut Nielsen IQ ist der Umsatz schon auf etwa 1,3 Milliarden Pfund im Jahr gewachsen. In Kiosken und Supermärkten findet man kaum noch klassische Zigaretten, sie sind hinter der Kasse blickdicht gesperrt. Dafür steht oft eine ganze Wand mit den bunten E-Zigaretten greifbar am Tresen.



Wird auch in London seltener: die Zigarette

Foto EPA